

24. Januar 2022

TAG

DES BEDROHTEN

ANWALTS

KOLUMBIEN

Wer sind wir?

Das Internationales Observatorium für bedrohte Anwälte (OIAD) ist eine Initiative des französischen Conseil National des Barreaux, des Consiglio Nazionale Forense, des Consejo General de la Abogacía Española und der Anwaltskammer von Paris. OIAD wurde 2015 gegründet und soll Anwälte verteidigen, die im Rahmen der Ausübung ihres Berufs bedroht werden, und Situationen aufdecken, die die Rechte der Verteidigung verletzen.

WAS IST DER TAG DER BEDROHTEN ANWALTS ?

12.
Aufl.

Seit 2009 wird der Tag des bedrohten Anwalts weltweit am 24. Januar begangen. Ziel dieses internationalen Tages ist es, die Aufmerksamkeit der Zivilgesellschaft und der Behörden auf die Situation der Anwälte in einem bestimmten Land zu lenken, um sie für die Bedrohungen zu sensibilisieren, denen sie bei der Ausübung ihres Berufs ausgesetzt sind.

DIE SITUATION DER ANWÄLTE IN KOLUMBIEN

Der diesjährige Tag der bedrohten Anwälte konzentriert sich auf Kolumbien, wo die Verfolgung von Anwälten, insbesondere von Anwälten, die sich der Verteidigung und dem Schutz von Menschenrechten widmen, diese daran hindert, ihren Beruf frei auszuüben.

Das Internationale Observatorium für bedrohte Anwälte ermutigt Sie, die Risikosituation der kolumbianischen Kollegen sichtbar zu machen und zu verbreiten. Die Beobachtungsstelle möchte sich bei dieser Gelegenheit auch ganz besonders für die Unterstützung ihrer Mitgliedsammern bedanken, ohne die sie ihre Arbeit für die Verteidigung nicht fortsetzen könnte.



EIN KONFLIKTREICHER NATIONALER KONTEXT

Kolumbien ist von tiefen Krisen geprägt. Seit über 50 Jahren leidet es unter einem internen bewaffneten Konflikt, in den der Staat, Paramilitärs, Guerillas und Drogenhändler verwickelt sind. Kolumbien ist auch mit einer schweren sozialen Krise konfrontiert, mit einer stark gespaltenen Gesellschaft und großen Ungleichheiten. Diese Situation führt zu zahlreichen Menschenrechtsverletzungen.

EIN UNGELÖSTER BEWAFFNETER KONFLIKT

2016 wurde der bewaffnete Konflikt mit der Unterzeichnung des Friedensabkommens in Havanna zwischen der kolumbianischen Regierung und den FARC (Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens) offiziell beendet. Der Friedensprozess ist jedoch noch immer nicht abgeschlossen. Die Verhandlungen mit der Guerilla des Nationalen Befreiungsheeres (ELN) wurden ausgesetzt und paramilitärische Gruppen und der Drogenhandel nehmen weiter zu. Obwohl durch die Abkommen die Sondergerichtsbarkeit für den Frieden (JEP) geschaffen wurde, die die nationale Versöhnung erleichtern und den Opfern des Konflikts helfen soll, wird die Bevölkerung weiterhin missbraucht. **Strafverteidiger sind Druck ausgesetzt, der ihre Arbeit behindert.**



UNTERDRÜCKUNG SOZIALER PROTESTE

Im Jahr 2021 protestierten alle Bürger des Landes gegen die Regierung wegen einer geplanten Steuerreform, die ihnen schaden würde. Die Regierung unterdrückte diese Proteste und reagierte mit einem brutalen Angriff auf die Rechtsstaatlichkeit, der von der Interamerikanischen Menschenrechtskommission und zahlreichen nationalen und internationalen Organisationen angeprangert wurde. Dies führte zu einem enormen Anstieg der Nachfrage nach Rechtsbeistand für Opfer von Inhaftierung, Folter, Verschwindenlassen, sexuellen Übergriffen und anderen Angriffen. **Engagierte Anwälte, die sich mit diesen Fällen befassen, sind häufig Repressalien ausgesetzt.**

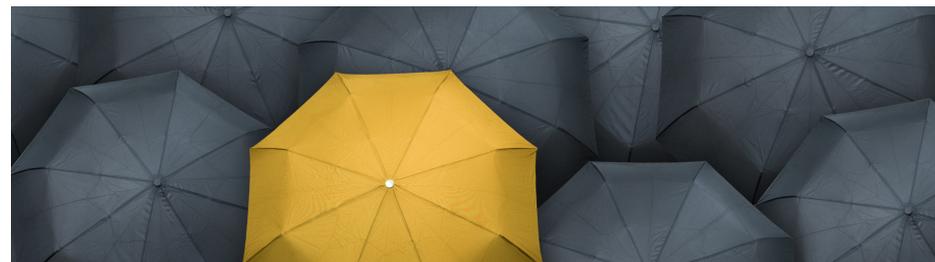
SENSIBLE FÄLLE

Die Fälle, die für Rechtsanwälte in Kolumbien als sensibel gelten, betreffen **Landrückgabe, außergerichtliche Hinrichtungen, Umweltfragen oder Fälle vor dem Sondergericht für den Frieden**. Die Repressalien gegen Anwälte nehmen noch zu, wenn sie mutmaßliche Verbindungen zwischen paramilitärischen Gruppen, Guerillas und den Behörden anprangern.

Das Muster der Schikanen wiederholt sich: Überwachung, Diebstahl von Berufsausrüstung, Diskreditierung der beruflichen Tätigkeit, Todesdrohungen gegen Anwälte und ihre Familien. Das Ausmaß der Drohungen und der Gewalt ist manchmal so hoch, dass die Anwälte gezwungen sind, ins Exil zu gehen.

Die Ermordung von Anwälten in Kolumbien hat nie aufgehört. Im Jahr 2021 wurden fünf Anwälte im Zusammenhang mit ihrer Berufsausübung getötet.

Der kolumbianische Staat bietet in diesen Fällen keinen wirksamen Rechts- und Polizeischutz. Im Gegenteil, die staatlichen Geheimdienste führen häufig illegale Überwachungsmaßnahmen gegen Rechtsanwälte durch. Eine weitere häufig angewandte Unterdrückungstechnik ist die Anwendung von Knebelverfahren, bei denen Anwälten mit einer Klage gegen sie gedroht wird.



DAS FEHLEN EINER ANWALTSKAMMER ZUM SCHUTZ DER ANWÄLTE

Die 334.508 praktizierenden kolumbianischen Anwälte verfügen über keine offizielle Institution mit beruflichem Charakter, die die freie Ausübung des Anwaltsberufs unterstützen, gewährleisten und schützen soll.

Der kolumbianische Justizrat (Consejo Superior de la Judicatura) umfasst alle Richter, Staatsanwälte und Rechtsanwälte. In Bezug auf Rechtsanwälte ist er für die Registrierung und disziplinarische Kontrolle zuständig. **Dieses Organ, das dem Justizministerium untersteht, erfüllt nicht die Kriterien der Unabhängigkeit und Unparteilichkeit, die für den Schutz der Berufsausübung erforderlich sind.**

Das Fehlen einer institutionellen Einheit und Unabhängigkeit des Berufsstandes ist ein weiterer Faktor, der Anwälte schwächt, die an sensiblen Fällen arbeiten und Opfer der Gleichsetzung mit ihrem Mandanten oder der Sache, die sie verteidigen, werden.

PORTRÄTS VON BEDROHTEN ANWÄLTEN



Germán Romero Sánchez bedroht, weil er an der Strafverfolgung von Militäroffizieren beteiligt war

Germán Romero ist ein auf Menschenrechte spezialisierter Anwalt. Er wird verfolgt, weil er versucht hat, den Schleier über Verbrechen zu lüften, in die hochrangige Offiziere der nationalen Armee verwickelt sind. Er wurde Opfer des Diebstahls von Informationen und Computerausrüstung und war anschließend das Ziel von Kontrolle und Überwachung seiner beruflichen und persönlichen Aktivitäten. **German Romero wurde außerdem Opfer von Morddrohungen per Telefon.** Trotz der Beschwerden des Anwalts über die Angriffe, denen er ausgesetzt war, wurden keine strafrechtlichen oder disziplinarischen Ermittlungen ergriffen.

Die Schutzmaßnahmen, die Romero seit 2014 von den Regierungsbehörden gewährt wurden, erwiesen sich als völlig unzureichend. So sehr, dass er Mitte 2021 gezwungen wurde, das Land zu verlassen und sich einem vorübergehenden Schutzprogramm im Ausland anzuschließen.

Zoraida Hernández Pedraza ins Exil gezwungen: von paramilitärischen Gruppen ins Visier genommen

Zoraida vertritt Opfer schwerer Menschenrechtsverletzungen und hat Gemeinschaften von Bauern und Afro-Abkömmlingen beraten, damit sie ihre Rechte in Kolumbien einfordern können. Sie war Rechtsberaterin bei den Friedensgesprächen zwischen der kolumbianischen Regierung und der Guerillaorganisation Nationale Befreiungsarmee (ELN). Aufgrund ihrer Arbeit ist sie ständigen Drohungen und Verfolgungen ausgesetzt, darunter das Abfangen ihrer Kommunikation und die Überwachung ihrer Handlungen und Taten. **In mehreren Regionen Kolumbiens wurde von paramilitärischen Gruppen ein Kopfgeld auf sie ausgesetzt.** Zoraida wurde gezwungen, ins Exil zu gehen.



© PBI : (Peace Brigades International)

Reinaldo Villalba Vargas Bedroht, weil er sich am Kampf gegen die Straflosigkeit des ehemaligen Präsidenten Alvaro Uribe beteiligte

Reinaldo Villalba Vargas vertritt Senator Iván Cepeda in dem vom Obersten Gerichtshof Kolumbiens gegen den Senator und ehemaligen Präsidenten Alvaro Uribe Vélez eingeleiteten Verfahren. Ein Fall, der in dem Land aufsehenerregende Auswirkungen hatte, da Alvaro Uribe der erste ehemalige kolumbianische Präsident war, der vor dem Obersten Gerichtshof für Verbrechen aussagte, die während des bewaffneten Konflikts zwischen dem Staat und der Guerilla begangen worden waren.

Seit der Anwalt den Fall übernommen hat, ist er Opfer einer Verleumdungskampagne geworden, die ihn als Verteidiger des Terrorismus und als Kollaborateur der Guerilla definieren soll.

Adil Jose Meléndez Marquez Verfolgt, weil er sich für die afrokolumbianischen Gemeinschaften einsetzte

Adil setzt sich für die Rechte der afrokolumbianischen Gemeinschaften in der Region Bolivar ein. Als Spezialist für Landrückgabe, Umweltfragen und die Verfolgung paramilitärischer Handlungen ist sein Fall ein gutes Beispiel für die Gewalt und den mangelnden Schutz, unter denen die wenigen Anwälte leiden, die es wagen, diese Fälle zu vertreten. **Adil erhielt Todesdrohungen von paramilitärischen Gruppen und überlebte drei Mordversuche. Sein Telefon wurde angezapft und er wird überwacht.**

Obwohl die Interamerikanische Menschenrechtskommission (IACHR) die kolumbianische Regierung 2006 aufgefordert hatte, Schutzmaßnahmen für den Anwalt zu ergreifen, erwiesen sich diese als unzureichend. Trotz der Risiken, denen er sich jeden Tag aussetzt, setzt sich Adil weiterhin unermüdlich für Gerechtigkeit ein.



© Lawyers for Lawyers - photo by Peter Beijen.